Ressort: Politik

Bundesregierung bemühte sich weniger um Abschiebung von Anis Amri

Berlin, 10.03.2019, 00:00 Uhr

GDN - Die Bundesregierung hat sich im Fall des späteren Attentäters Anis Amri offenbar weniger für dessen Abschiebung eingesetzt als bei Gefährdern üblich. Das geht aus der Antwort der Regierung auf eine Schriftliche Frage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor, über die die "Welt am Sonntag" berichtet.

Darin teilt das Haus von Innenminister Horst Seehofer (CSU) mit, dass sich bei besonders gefährlichen Personen im Regelfall auch die Hausleitung um eine Abschiebung bemühe. "In Fällen von besonderem öffentlichen Interesse (z.B. bei Gefährdern oder Intensivstraftätern)" sei zum Beispiel "ein Werben um zeitnahe Ausstellung von Passersatzpapieren gegenüber Auslandsvertretungen auch durch die Hausleitung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat üblich", heißt es in dem Schreiben. Besonderes öffentliches Interesse liege vor allem "im Fall der Abschiebung von Personen ausländischer Staatsangehörigkeit vor, die eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere eine terroristische Gefahr" darstellten. Irene Mihalic, innenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, wirft der Regierung vor, mögliche Chancen für eine Abschiebung ausgelassen zu haben: "Es stellt sich die Frage, warum man ausgerechnet beim Gefährder Anis Amri untätig blieb." Kaum ein anderer Gefährder sei im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) öfters thematisiert worden. Die konkrete Frage nach einem möglichen Engagement für eine Abschiebung des Terroristen Anis Amri, der 2016 den Anschlag am Berliner Breitscheidplatz verübte, ließ das Innenministerium gegenüber der Grünen-Fraktion unbeantwortet. Auf Anfrage der "Welt am Sonntag", ob sich das Innenministerium (BMI) um Amris Abschiebung im für Gefährder üblichen Rahmen eingesetzt hat, teilte ein Sprecher mit: "Geschäftsbereichsbehörden des BMI waren in die Bemühungen eingebunden, so etwa das Bundeskriminalamt bei der Frage der Anerkennung Amris als tunesischen Staatsangehörigen." Im Kontext des umstrittenen Falls um den Amri-Vertrauten Bilal Ben A. wirft die Antwort des Innenministeriums Fragen auf. Der Tunesier wurde nach dem Terroranschlag in Berlin im Hauruckverfahren abgeschoben. A.s Abschiebung forcierte auch die Bundesregierung. Mihalic: "Wir werden im Untersuchungsausschuss zu klären haben, was die Gründe für das höchst unterschiedliche Agieren der Bundesregierung im Kontext der Abschiebung von Bilal Ben A. und der eben nicht erfolgten Abschiebung von Anis Amri waren."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-121294/bundesregierung-bemuehte-sich-weniger-um-abschiebung-von-anis-amri.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com